

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

35. Jahrgang / 152

12. August 1980

Marie Schlei MdB, Vorsitzende des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion zum 13. August: Nur durch Zusammenarbeit kann die Mauer durchlässiger werden.

Seite 1/2

Erwin Horn MdB untersucht die neue amerikanische nukleare Strategie: Die atomare Schwelle gesenkt.

Seite 3/4

Fritz Riege MdL kritisiert den neuen CDU-Rentenvorschlag: Aus für über 53jährige.

Seite 5-7

Dietrich Stobbe bescheinigt F.J. Strauß, daß er sich im höchsten Grade berlin-schädlich verhält: Nichts dazu gelernt.

Seite 8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

Symbol einer verfehlten Politik

Nur durch Zusammenarbeit kann die Mauer durchlässiger werden

Von Marie Schlei MdB
Vorsitzende des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik
der SPD-Bundestagsfraktion

Der Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 hat uns auf drastische Weise vor Augen geführt, wie tief und hart die deutsche Teilung als Folge des Zweiten Weltkrieges in Wirklichkeit war. Spätestens seit diesem Tage war klar, daß die deutsche Wiedervereinigung in dem Sinne, wie sie die damals regierenden Unionsparteien zu betreiben versucht haben, gescheitert war. Deshalb ist die Mauer nicht nur ein Symbol der deutschen Teilung. Sie ist auch das Symbol einer verfehlten Politik, denn auf den Zusammenbruch des ODR-Regimes und das schlichte Einwilligen der Sowjetunion in CDU-Forderungen und auf die Übernahme von Rechtsstandpunkten durch die andere Seite zu hoffen, war angesichts der nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen militärischen Verhältnisse in Europa blanke Illusion und absolut irrend.

Was die Politik der "Stärke" allein bewirkt hat, war eine Vertiefung und Verhärtung der Teilung, nicht jedoch ihre Überwindung. Im August 1961 stand die DDR in der Tat vor der Wahl, entweder die allmähliche Entvölkerung der DDR und



damit die Selbstaufgabe zuzulassen, oder die Abdichtung nach außen zu vollenden. Die DDR-Führung hat sich für den letzten Weg entschieden und eine für die Menschen brutale Markierung ihres Selbstbehauptungswillens gesetzt. Aus ihrer Sicht war der Mauerbau ein Akt der Notwehr zur Existenzhaltung. Objektiv war es zweifellos ein Symbol der Schwäche und Ausdruck der mangelnden Zustimmung der Bevölkerung gegenüber der eigenen Führung.

Gerade weil wir in Berlin tagtäglich mit der Mauer leben müssen, sind wir zum Nachdenken darüber aufgefordert, wie wir angesichts der militärischen Verhältnisse in Europa und der Existenz nuklearer Waffen politische Stabilität schaffen und bewahren können. Wir wissen aus leidgeprüfter Erfahrung, daß das Hinarbeiten auf den Zusammenbruch der falsche Weg ist und uns gemeinsam in die Katastrophe stürzen kann.

Heute geht kein Weg vorbei an dem zähen Ringen um Ausgleich und Zusammenarbeit, wo immer dies möglich ist. Die Ostverträge und der Grundlagenvertrag haben die Voraussetzungen dafür geschaffen. Sie haben zusammen mit der KSZE-Schlußakte dazu beigetragen, die Härte der deutschen und europäischen Teilung abzumildern und uns aus dem feindseligen Gegenüber und Gegeneinander zu einem Zustand geführt, in dem die gemeinsame Verantwortung der beiden deutschen Staaten für den Frieden in Europa anerkannt und als Auftrag verstanden wird.

Beide deutsche Staaten stimmen heute in der Auffassung überein, daß Europa "ein Zentrum des Friedens in der Welt" bleiben müsse. Diese gemeinsame Auffassung ist eine entscheidende Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Stabilität in Europa. Nur unter den Bedingungen politischer Stabilität ist Zusammenarbeit im Interesse der Überwindung von Spaltung und Teilung möglich.

Das Treffen zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, Ende August dieses Jahres steht im Zeichen einer sehr viel selbstverständlicher gewordenen deutsch-deutschen Zusammenarbeit. Sie für die Zukunft zu sichern, ist die wichtigste Aufgabe unserer Deutschlandpolitik, denn nur durch Zusammenarbeit kann die Mauer durchlässiger gemacht werden und nur durch Zusammenarbeit ist zu verhindern, daß auf unserer Seite zusätzlich eine Mauer des Schweigens erreicht wird. Gerade in Krisenzeiten brauchen wir das Gespräch, denn es dient dem Frieden in Europa.

(-/12.8.1980/ks/ca)

+ + +



Vorteile - Probleme - Risiken

Die neue amerikanische nukleare Strategie senkt die atomare Schwelle

Von Erwin Horn MdB

Stellvertretender Obmann der Arbeitsgruppe Sicherheit der SPD-Bundestagsfraktion

Die von Präsident Carter unterzeichnete Anweisung zur Änderung der Nuklearstrategie fand in den deutschen Medien kaum eine Resonanz. Das Fernsehen verschwieg die Meldung, nur einige Rundfunksender berichteten kurz darüber in den Nachrichten, und keine überregionale deutsche Tageszeitung widmete dieser Entwicklung auch nur einen Kommentar. Die Amerikaner nehmen endgültig Abschied von der Strategie der massiven Vergeltung. Dies könnte Anlaß zum Frohlocken sein, denn von Ende der 50er Jahre hatte der junge SPD-Abgeordnete Helmut Schmidt als Gegenspieler des damaligen Verteidigungsministers Strauß die Strategie der massiven Vergeltung als unglaublich dargestellt und ein Umdenken gerade auf dem Gebiet der Militärstrategie gefordert. Der SPD-Abgeordnete Helmut Schmidt (Verteidigung oder Vergeltung) und der amerikanische General Maxwell Taylor (Die ungewisse Posaune) leiteten im strategischen Denken die Voraussetzung für eine Änderung der Militärstrategie von der massiven Vergeltung zur angemessenen, abgestuften militärischen Reaktion ein. Unberührt von dieser neuen Konzeption, die notwendigerweise die konventionelle Komponente erheblich verstärkte und verteidigungsfähiger machte, blieb das Nuklearpotential als politische Waffe in Reserve.

Die vom früheren amerikanischen Verteidigungsminister Schlesinger vorbereitete und jetzt von Präsident Carter festgelegte neue Nuklearstrategie ist ein entscheidender Einschnitt. Bisher waren Atomwaffen politische Vergeltungswaffen. 200 sowjetische Städte über 100.000 Einwohner waren das Ziel eines möglichen nuklearen Vergeltungsschlages bei einem sowjetischen Angriff. Die neue Politik einer "selektiven Zielsuche" war zwar bereits seit einigen Jahren Teil der amerikanischen Planung für einen Atomkrieg; die USA haben jedoch noch nicht die hochentwickelten und zielgenauen Waffen, um diese Strategie auch zu verwirklichen. Voraussetzung für die Verwirklichung der selektiven Zielplanung bleibt jedoch die beschleunigte Produktion und Aufstellung der Fernraketen MX und der von strategischen Bombern B 52 geführten Marschflugkörper. In den USA erfordert die neue Strategie bis zu einem gewissen Grad die Umrüstung der bodenstationierten strategischen Waffen (Minuteman II in Silos) auf das mobile System MX, das von der US-Regierung angestrebt wird.

Ziel dieser Umrüstung auf neue Raketen und Marschflugkörper soll es sein, die sowjetische Führung von einem Angriff auf die USA abzuschrecken. Dazu ist es nach Auffassung der Strategen notwendig, daß die Amerikaner die Fähigkeit und gegebenenfalls auch die Bereitschaft haben, "die Städte zu vernichten, die die Sowjets am meisten schätzen" wie ein Beamter des Pentagon sagte. Die Zielplanung richtet sich gegen sowjetische Rüstungswerke, Kommandozentralen für Fernwaffen, Lagerplätze von Kernwaffen, Verbindungswege, Flughäfen und Fernraketenrampen.

Die amerikanische neue Strategie geht von der Grundüberlegung aus, daß die Alternative eines alle vernichtenden Atomkriegs einerseits oder einer Kapitulation Amerikas vor der atomaren Übermacht der Sowjetunion vermieden werden muß. Der Präsident soll zwischen strategischen Mitteln wählen können. Auch im nuklearen Bereich sollen die Optionen erweitert werden. Die amerikanische Hoffnung bei der ausgewählten Zielplanung ist, daß



darin eine zusätzliche und vor allem wirksame Abschreckung möglicher sowjetischer Angriffsabsichten gegen die Vereinigten Staaten enthalten wäre. Dadurch wird nach ihrer Auffassung das Risiko eines direkten nuklearen Zusammenstoßes der beiden Weltmächte erheblich verringert. Politisch wird das Unternehmen gar als eine Möglichkeit angesehen, einen Anreiz zu schaffen, um den Gesamtkomplex doch noch in Rüstungskontrollverhandlungen einzubeziehen, die in weiteren SALT-Verträgen ihren Niederschlag finden müßten.

Die Amerikaner werfen zusätzlich den Sowjets noch vor, als erste an dieser neuen Strategie der ausgewählten Zielplanung gearbeitet zu haben, um möglichst nur die militärisch interessanten Ziele in den USA zu treffen. Im Sinne des Aktions-Reaktions-Schemas wird argumentiert, daß die neue amerikanische Strategie ausschließlich dem Zweck dient, die Glaubwürdigkeit der Abschreckung zu erhalten.

Zweifellos ist es nicht nur Spekulation, die Entscheidung von Präsident Carter in diesen Tagen auch im Zug zu der innenpolitischen Situation des Präsidenten in den Vereinigten Staaten zu bringen. Außer den anderen innenpolitischen Schwierigkeiten wiegt besonders schwer, daß der republikanische Convent sich einstimmig auf ein wesentlich höheres Rüstungsprogramm konzentrierte. Viele Amerikaner fühlen sich durch die Ereignisse in Teheran und Afghanistan in ihrem Nationalstolz verletzt. Die Wahlkampagne des republikanischen Kandidaten Ronald Reagan kommt einer breiten Stimmung in der Bevölkerung entgegen. Auch dies hat zweifellos seine Auswirkungen auf die Entscheidung des Präsidenten.

Substantiell wichtiger und kritischer sind die Stimmen aus dem Bereich der seriösen Friedensforschungsinstitute von vielen abwägenden Politikern und Militärs. Nach ihrer Auffassung erhöht sich die Gefahr eines Krieges zunehmend durch die Entwicklung neuerer präziserer Waffensysteme. Vor allem das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI zeigt auf, daß wir dadurch auf einen Punkt zulaufen, bei dem die Vorwarnzeit immer stärker vermindert wird und die Zweitschlagkapazität, das bisher bestehende eigentliche Element der Balance innerhalb der Weltmächte außer Funktion gesetzt werden kann.

Noch bedeutsamer ist allerdings die Veränderung der Wertigkeit der Nuklearwaffen. Atomwaffen wurden in Ost und West bisher bei allen Gegensätzen und in allen Phasen und Formen rivalisierender Auseinandersetzungen als politische Waffen angesehen. Die zunehmende politische Vorgabe, Nuklearwaffensysteme herzustellen, die immer einsetzbarer sind und damit die Atomschwelle verringern, können den Übergang von taktischen Waffensystemen zu dem Gebrauch strategischer Waffen fließend machen und dadurch eine Eskalation im atomaren Bereich herbeiführen. Dies widerspricht der Logik und auch der menschlichen und geschichtlichen Erfahrung, einsetzbarere Waffen bereitzustellen und an ihren möglichen Einsatz die gleichen Bedingungen zu knüpfen wie bei einer schweren Vergeltungswaffe, die zur atomaren Weltkatastrophe führt.

Helmut Schmidt warnte Ende der 50er Jahre in der strategischen Diskussion zu Recht davor, die Doktrin der massiven Vergeltung zu verabsolutieren, weil sie in dieser Form in sich unglaubwürdig sei. Zunehmend unglaubwürdig wurde bei der damaligen konventionellen Schwäche der Europäer diese Strategie, weil es nicht einsichtig war, daß etwa die USA als nuklearer Schirm Europas bei einem Faustpfandunternehmen der Sowjetunion die Existenz ihrer gesamten Nation aufs Spiel setzen. Heute haben wir es mit einer diametral entgegenlaufenden politisch strategischen Linie zu tun. Wenn die Entwicklung und Bereitstellung nuklearer Waffensysteme unter der Vorgabe einer verbesserten durchführbaren Anwendung erfolgt, dann wird die atomare Schwelle in eine gefährlichen Weise gesenkt.

(-/12.8.1980/bgy/ca)



Aus für Über 53jährige

Neuer CDU-Rentenvorschlag bringt ältere Arbeitnehmer ins Abseits

Von Dr. Fritz Riege MdL

Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Der niedersächsische CDU-Sozialminister Schnipkoweit verdient Anerkennung, daß er Beamte seines Hauses daran gesetzt hat, über die Probleme der Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer systematisch nachzudenken und einen Lösungsvorschlag zu machen. Der erste Teil dieser Arbeit, in dem die vorhandenen Zahlen und Fakten zusammengetragen sind und aus gegebenen Quellen zitiert wird, ist auch brauchbar. Leider habe ich den Eindruck, daß dann der zweite Teil mit den Bewertungen und dem Lösungsvorschlag nicht mehr so sorgfältig durchgearbeitet wurde. Ja, es kommt einem sogar so vor, als seien der erste und der zweite Teil von jeweils anderen Autoren angefertigt, denn es scheint, als ob einige Bewertungen nur sehr krampfhaft auf den Lösungsvorschlag hin zugeschnitten worden sind. So steht zum Beispiel die Behauptung völlig allein, daß zwar eine einjährige Arbeitslosigkeit von manchen Unternehmern dazu genutzt würde, bei anschließendem Rentenanspruch eine Entlassung mittels Sozialplan durchzusetzen, daß aber eine zweijährige Arbeitslosigkeit als Voraussetzung für einen Rentenanspruch dagegen eine genügend hohe Hürde wäre.

Was ist nun aber vom Lösungsvorschlag selbst zu halten?

Ich erinnere noch einmal daran, daß es eine neue Erwerbsunfähigkeitsrente unter folgenden Voraussetzungen geben soll:

1. Mindestens 55 Jahre alt.
2. Innerhalb der letzten zweieinhalb Jahre zwei Jahre arbeitslos gemeldet.
3. In 20 Versicherungsjahren mindestens 180 Kalendermonate Versicherungszeit (unklar ob nun 20 oder 15 Versicherungsjahre).
4. Fehlschlagen aller Vermittlungshilfen nach dem AFG (ungenau).
5. Vor Beginn der letzten Arbeitslosigkeit drei Jahre ununterbrochen beschäftigt oder innerhalb von zehn Jahren mindestens sieben einhalb Jahre in versicherungspflichtiger Beschäftigung (hohe Hürde).
6. Herabsinken der Leistungsfähigkeit, sodaß der Arbeitnehmer die von ihm in den letzten fünf Jahren überwiegend verrichtete versicherungspflichtige Beschäftigung nicht mehr ausüben kann (viele unbestimmte Rechtsbegriffe, ärztliches Gutachten, eventuell Prozeß).

Diese sechs nicht ganz widerspruchsfreien, oft schwer zu beurteilenden und nicht ganz einfach zu erfüllenden Anspruchsvoraussetzungen machen erfahrungsgemäß einen solchen Versicherungsfall sehr kompliziert. Das scheint aber auch beabsichtigt, denn nach den Finanzvorschlägen sollen auch nur gut 12 Prozent der etwa 123.000 älteren arbeitslosen Arbeitnehmer über 54 Jahre davon profitieren. Meines Erachtens ist diese vom Schnipkoweit-Ministerium geschätzte Prozentzahl sogar noch zu hoch, denn die sehr unbestimmten und zum Teil ungenauen Formulierungen des Gesetzesvorschlages lassen sehr enge Auslegungsmöglichkeiten des Rentenversicherungsträgers für diesen Versicherungsfall zu.



Zum einen ist also zu bemängeln, daß ein Lösungsvorschlag, der fast 90 Prozent der Problemgruppe vor der Tür läßt, nicht als solcher akzeptiert werden kann. Es fällt in diesem Zusammenhang auch auf, daß an keiner Stelle die besonderen Versicherungsprobleme der älteren ausländischen Arbeitnehmer angesprochen sind.

Mein Hauptvorwurf ist aber ein extrem anderer, denn der CDU-Minister wird voraussichtlich gegen den ersten Vorwurf einwenden, sein Vorschlag sei ja nur ein Einstieg und erster Schritt; man könne ja mit der Zeit einige Anspruchsvoraussetzungen fallen lassen, ja sogar das Alter schrittweise herabsetzen und gegebenenfalls das Finanzvolumen von jetzt cirka 300 Millionen auf über eine Milliarde DM ausweiten. Darum richten sich meine Hauptbedenken gegen das Prinzip dieses Vorschlages für eine neue Erwerbsunfähigkeitsrente; denn dieses Prinzip lautet ja eingeständenermaßen "Wir nehmen schrittweise die Gruppe der 55- bis 59jährigen Arbeitslosen vom Arbeitsmarkt und schicken sie in Rente!" Dieses Prinzip entspricht einer durch und durch unternehmerischen Denkungsweise. Der Arbeitsmarkt wird nicht nach den Möglichkeiten und Bedürfnissen der "real existierenden" Menschen gestaltet, er hat sich vielmehr nach den Wünschen der Wirtschaft nach jungen, gesunden und "brauchbaren" Arbeitskräften zu richten. Einem solchen rein abstrakten Effizienzdenken soll der Staat und die Versichertengemeinschaft dadurch Vorschub leisten, daß Arbeitslose zu Rentnern "ungewidmet" werden. Das bedeutet aber reine und liberale Manchester-Marktwirtschaft und hat nichts mehr mit sozialer Marktwirtschaft zu tun, da der Staat auf eine planvolle Mitgestaltung des Arbeitsmarktes verzichtet. Wer schützt uns bei einer solchen Grundhaltung vor einer weiteren Ausdehnung der Rentenversicherung, etwa nach dem Motto "Eine Zeit arbeitslos - wirtschaftsungeeignet - Rente"?

Eine solche neue Rente hätte auch noch einen weiteren großen Nachteil, der schon kurz berührt wurde. In den letzten Jahren treten vermehrt sogenannte Frühpensionierungen über Sozialpläne in Betrieben auf, die auf Rationalisierungen und Arbeitsplatz- "Freisetzungen" sprich -abbau drängen. Auf Druck des Unternehmens, mit Zustimmung des Betriebsrates und aus Arbeitsplatzfurcht der übrigen Kolleginnen und Kollegen kommt es heute nicht selten zu solchen Sozialplänen mit Entlassung der 59jährigen Arbeitnehmer, die sich ein Jahr arbeitslos melden und danach eine vorgezogene Altersrente erhalten können. Dafür zahlt der Betrieb einen Ausgleich für den Einkommensverlust für ein Jahr. In manchen Betrieben gibt es diese Sozialpläne mit entsprechendem höheren Einkommensausgleich auch schon für 58jährige. Diese Unsitte würde ausgeweitet, wenn es in Zukunft im Sozialversicherungssystem bereits für 55jährige Arbeitnehmer solche Rentenmöglichkeiten gäbe. Der Entlassungsdruck würde dann auch sie treffen und wir hätten im Grunde noch mehr Arbeitslose. Und schließlich, machen wir uns doch nichts vor: Diese Art von Frührentnern blieben ja in ihrer tatsächlichen Lage Arbeitslose, die uns in der Statistik der Rentenversicherung erschienen. Unternehmerisch veranlaßte Tatbestände, wie die Vernichtung von Arbeitsplätzen, würden so lediglich in ihren sozialen und finanziellen Konsequenzen auf die Allgemeinheit überwältigt.

Und das Allerschlimmste: Wir marschierten in eine Art Jugendkult, Altersverachtung und Kapitalverwertung menschlicher Arbeit, die für unsere allgemeinen und christlichen Wertvorstellungen der reine Hohn wären. Denn wir zählen doch wohl 55jährige nicht zum alten Eisen? Wir schätzen doch Erfahrung, Lebensklugheit und "gewußt wie" mindestens genau so hoch ein wie körperliche und psychische Gesundheit. Wo leben wir eigentlich? In einer Dienstleistungsgesellschaft wo Sozialfähigkeit, Sozialerfahrung und technisches "know how" sich immer mehr ausweiten sollten, oder in einem primitiven Wurackerstaat, in dem es nur auf einen gesunden Input für Unternehmergewinne und einen hohen Wohlstandslevel für junge Arbeitnehmer ankommt? Ich finde, wir brauchen ältere Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt!



Darum führt uns der Schnipkoweit-Vorschlag in die falsche Richtung. Er ist in erster Linie den Unternehmern gefällig und verführt zur Rentnermentalität in unserer Gesellschaft. Die Lösung des unstreitig vorhandenen Problems der älteren arbeitslosen Arbeitnehmer sollte vielmehr auf dem von der Bundesregierung und den Sozialdemokraten gewiesenen langfristigen Wege erfolgen:

- Mit gezielten Arbeitssonderprogrammen für ältere Arbeitnehmer und Schwerbehinderte, einschließlich Sondervermittlungen, Umschulungen und Lohnkostenzuschüssen des Arbeitsamtes,
- mit gezielten neuen Berufsbildern für ältere Arbeitnehmer unter Nutzung der Tatsache, daß viele gewillt sind um die 50 einen neuen Lebensanfang zu machen,
- mit einer systematischen Ausweitung (beziehungsweise Errichtung) eines Teilzeitarbeitsmarktes, beginnend im öffentlichen Dienst,
- mit einer möglichst schnellen auch tariflichen Umsetzung des DGB-Programmes zur Verbesserung der Lebenssituation älterer Menschen,
- mit mehr Druck auf das Forschungsobjekt der Bundesregierung "Arbeitnehmer in der Spätphase ihrer Erwerbstätigkeit, um noch aussagekräftigere Fakten zu gewinnen.

Auf der Sozialversicherungsseite gehört dazu nicht eine neue Rente, die an die Stelle von Arbeitslosenhilfe tritt, sondern ein tariflicher und sozialversicherungsrechtlicher Einkommensausgleich für gesundheitsbedingte Einkommenseinbußen. An einem solchen Modell arbeitet zur Zeit der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger.

Wir Sozialdemokraten wünschen eine zukunftsgerechte Weiterentwicklung der Alterssicherung durch einen flexibleren Übergang vom Erwerbsleben in die Rente unter Nutzung und Erhaltung der verbliebenen (und im Alter zum Teil sogar neu zugewachsenen) Arbeitskraft für den Arbeitnehmer. Wir sehen in einer Arbeitszeitherabsetzung in besonders belasteten Berufen bei tariflichen und eventuell auch rentenrechtlichen Einkommensausgleich einen zukunftsträgigeren Weg zugunsten älterer Arbeitnehmer. Der CDU-Vorschlag hingegen zielt auf eine "Räumung des Arbeitsmarktes von älteren Arbeitnehmern" hin. Er trägt die Gefahr in sich, daß jetzt noch arbeitende ältere Kolleginnen und Kollegen mittels Sozialplänen schon ab 53. Lebensjahr ihren Arbeitsplatz räumen müssen. Eine solche Tendenz erscheint mir inhuman, sie trägt nicht den Bedürfnissen eines Menschen in seiner Lebensganzeit Rechnung.

(-/12.8.1980/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl



Nichts dazu gelernt

Strauß verhält sich in höchstem Grade berlin-schädlich

Von Dietrich Stobbe

SPD-Landesvorsitzender und Regierender Bürgermeister von Berlin

Zwei Tage vor dem Jahrestag des Mauerbaus hat der Unions-Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß den Bundeskanzler wegen dessen Treffen mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker quasi zum Erfüllungsgehilfen Moskaus zu stempeln versucht, weil dieses Treffen - so Strauß - "von Honecker geplant" sei und zur "Moskauer Strategie" gehöre. (Vergleiche "Die Welt" vom 11. August 1980, Seite 1).

Franz Josef Strauß hat damit erneut dokumentiert, daß er völlig ungeeignet wäre, als Bundeskanzler die Interessen des geteilten deutschen Volkes und insbesondere die Interessen der Berliner wirksam zu vertreten. Im Gegenteil: Seine überschnappende Kommentierung der bevorstehenden Gespräche am Werbellinsee sind in höchstem Grade berlin-schädlich und verraten eine verhängnisvolle deutschlandpolitische Brechstangen-Mentalität.

Strauß hat offensichtlich nichts gelernt aus dem Scheitern der christdemokratischen Deutschlandpolitik der 50er Jahre, welche er seinerzeit als Minister mitzuverantworten hatte.

Damals ist viel deutschlandpolitisches Porzellan zerschlagen worden.

Die "Politik der Stärke" konnte den Bau der Mauer nicht verhindern - einer Mauer, mit der die östlichen Machthaber soviel Leid über die Stadt und unser Land gebracht haben.

Die "Politik der Stärke" hat sich im Nachhinein als deutschlandpolitische Phantasie- und Hilflosigkeit erwiesen.

Wem heute zur Deutschland- und Berlin-Politik nichts anderes einfällt als gescheiterte Rezepte, wie zum Beispiel Verdächtigung der Sozialdemokraten als moskauhörig, das ständige Nähren von Illusionen und sterile deutschlandpolitische Deklamationen ohne Realitätsbezug, der bildet eine reale politische Gefahr für unser Land. Ein Kanzler Strauß müßte mit einer solchen Haltung das Gefüge der Entspannung in Europa gefährden.

An der Haltung von Strauß sieht man, welche Täuschung Richard von Weizsäcker und seine Anhänger betreiben, wenn sie einen realistischeren deutschlandpolitischen Kurs der CDU proklamieren, den sie angesichts der Machtstrukturen in der CDU/CSU offensichtlich nicht durchsetzen können. Es ist deshalb auch kennzeichnend, daß jeder Versuch einer Distanzierung Weizäckers von Strauß fehlt.

Der 13. August kann und darf für uns nichts anderes heißen als fortzufahren auf dem Wege geduldiger Verhandlungen, um die Lage der Deutschen in beiden Teilen unseres Landes stetig zu verbessern. Die sozialliberale Koalition tut dies erfolgreich seit über zehn Jahren. Wir werden uns von den Unions-Parteien in dieser Politik nicht beirren lassen.
(-/12.8.1980/ks/ca)

+ + +

